

Von Rechtgläubigen und Rechten

Im ersten Teil werde ich einiges zum politischen Islam und seinem Verhältnis zu unserer Rechtsordnung sagen. Im zweiten Teil einiges zur Einwanderung in unser soziales Netz. Im dritten Teil werde ich schließlich kurz auf die wuchernde EU eingehen und aufzuzeigen, warum die Schweiz immun gegen diese drei Bedrohungen ist und wie wichtig es ist, die Untrennbarkeit von Freiheit und Wahrheit zu erkennen. In Teil 4 werde ich aufzeigen, wie leicht sich mit der Wahrheit einige der gegen uns gerichteten Kampfausdrücke als dämmliche, in sich widersprüchliche Propaganda entlarven lassen. Als Schluss biete ich Ihnen noch einen neuen Parteilogan an.

1 Gegen den zunehmenden Einfluss des politischen Islam

Wir werden nicht zulassen, daß die Regeln des politischen Islams unsere weltliche Ordnung, wie sie in unserem Grundgesetz festgeschrieben ist, ersetzt. Unsere Ordnung mit der strikten Trennung von Kirche und Staat und auch gleichen Rechten und Pflichten für Mann und Frau, wie auch die Ablehnung von Privilegien für irgendwelche religiösen oder ethnischen Gruppen, sind Errungenschaften der europäischen Aufklärung und die Basis des Zusammenlebens in Deutschland und Europa.

Die Religion des Islams kennt die Trennung von Kirche und Staat nicht. Es gehört zu Ihrem Wesen, daß sie den vollständigen Zugriff auf ihre Gläubigen verlangt und deren Leben bis in die letzten Details ihrer privaten Lebensführung regeln und bestimmen will. Sie gibt in ihrem Herrschaftsbereich ihren Gläubigen deutlich höhere Rechte als den geduldeten Ungläubigen, wobei diese Duldung in islamischen Ländern z. Tt. deutlich abnimmt. Die Ungläubigen müssen eine besondere Dimmie- Steuer zahlen und im Koran finden sich mache Anweisungen, daß den ungläubigen Nachbarn mit Härte begegnet werden soll und das ein Gläubiger sich keine Ungläubigen zu Freunden nehmen darf.

Die islamischen Einwanderer kommen mit dieser im Koranunterricht gelernten Weltsicht. Ihnen war erklärt worden, daß die Ungläubigen minderwertig sind und ihnen mit Härte und Distanz zu begegnen sei. Die Einwanderer haben somit eine vergleichbare Sicht auf uns Ureinwohner, wie die Sicht, welche die Europäer hatten, die vor über 200 Jahren **nach Amerika** auswanderten, zu den dortigen Indianern gehabt hatten. Die Europäer hielten sich auch für die überlegenen Menschen – und ganz gewiss wollten sich die Europäer damals nicht bei den Indianern integrieren – genau so wenig, wie die meisten Moslems dies heute bei uns möchten.

Wir sind nicht bereit, solche faschistoiden Lehren zu einer überlegenen, weil rechtgläubigen Gruppe in unserem Lande weiterhin zu dulden. Wir werden auch nicht weiter zulassen, daß in unserem Land die Gleichberechtigung von Frauen aber auch von Homosexuellen in Frage gestellt wird.

Ich persönlich sehe hier als einen wichtigen Ansatzpunkt den Religionsunterricht in unseren Schulen – aber auch in Koranschulen und Moscheen in unserem Lande. Es darf nicht weiterhin zugelassen werden, daß im Islamunterricht der Inhalt von Suren verbreitet wird, in denen Ungläubige getötet werden sollen oder ihnen zumindest in Friedenszeiten mit Distanz und Aggression begegnet werden soll. Botschaften, wie der Auftrag, den Islam weltweit mit dem Schwert auszubreiten sind nichts weiter als üble Kriegshetze und dürfen ebenfalls nicht länger toleriert werden. Gleiches gilt für Totschlagsaufrufe gegen Apostaten oder Schwule.

Ein islamischer Religionsunterricht in Schulen in Deutschland, egal ob in öffentlichen oder in privaten Schulen und Gebetshäusern, darf sich nicht außerhalb unserer Rechtsordnung stellen. Forderungen, wie die genannten, und daraus folgende Behauptungen, daß das von

Menschen gemachte Recht, wie unser Grundgesetz, unter der Scharia stehen müsste, da sie Gottesrecht sei, sind eindeutig verfassungswidrig und deshalb auch zu unterbinden.

Bei Bedarf ist hierbei auch unser **Strafrecht** anzuwenden, wenn im Islamunterricht verfassungsfeindliche Forderungen propagiert werden.

2 keine Einwanderung ins soziale Netz

Wir haben seit Jahrzehnten eine real-existierende¹ **Einwanderung**. Diese Einwanderung ist Fakt, obwohl wir (mit wenigen Ausnahmen) keine Regelungen für Einwanderung haben und wir somit nie demokratisch beschlossen hatten, ob und wie viele Einwanderer wir in unserem Lande haben möchten. Tatsächlich haben sich aber in den letzten 40 Jahren mehrere Millionen irreführenderweise als Migranten, d.h. Wanderer, bezeichnete **Einwanderer** bei uns niedergelassen. Diese unregelte Einwanderungspraxis muss beendet werden.

Wir haben ein Hochlohnland und ein soziales Netz, in dem eine Familie mit z. B. 3 Kindern und arbeitslosen Eltern monatliche öffentliche Hilfen von über 2000€ erhält. Dies ist in vielen Regionen der Welt ein Einkommen, welches dort nur die Oberschicht erzielen kann. Folglich träumen viele der dort lebenden Menschen vom Auszug ins ferne Land in Europa, in das Eldorado, von dem so viele berichtet haben, in dem es Reichtum für alle gibt, mit oder ohne Arbeit.

So nachvollziehbar der Wunsch dieser Menschen nach Glück und Wohlstand ist, so absehbar ist auch, was fortgesetzte Masseneinwanderung von niedrig qualifizierten Einwanderern für unser Sozialsystem und schließlich auch für unseren Wohlstand bedeutet. Bei offenen Grenzen würde die Anziehungskraft für die Armen der Welt erst abflauen, wenn auch bei uns der Lebensstandard der Ärmsten auf dem Niveau der Herkunftsländer dieser Einwanderungswilligen angekommen ist – wir werden eine verelendete Unterschicht erhalten, wenn wir diesen Massenzug von Niedrig-Qualifizierten nicht stoppen.

An dieser Stelle möchte ich anmerken, daß die von uns geplanten Maßnahmen zu öffentlich geförderten Arbeitsprogrammen für Arbeitslose **nicht** geeignet sein werden, um weiteren Massenzug zu unterbinden. Das wäre der Fall, wenn die Einwanderer überwiegend arbeitsunwillig wären. Tatsächlich erhalten viele Einwanderer, die z.B. als arrangierte Bräute oder Bräutigame von hier angesiedelten Türkischstämmigen ins Land geholt werden, ALG2 - aber wohl weniger, weil sie arbeitsscheu sind, sondern mehr, weil sie einfach zu niedrig qualifiziert für die vorhandenen freien Stellen sind. Man darf den meisten Einwanderern wohl zu Gute halten, daß sie hier gerne arbeiten würden. Sie kommen nicht wegen dem sozialen Netz, sondern weil sie den in Filmen aus Europa und USA gesehenen Lebensstandard haben möchten, in denen Wohlstand für Alle gezeigt wird.

Der Schutz unserer Landesgrenze gegen unkontrollierte Einwanderung ist somit nicht **gegen** die Einwanderungswilligen aus aller Welt gerichtet – sondern **für** den Schutz unseres Sozialsystems. Wir haben erkannt, daß wir uns entscheiden müssen: ob wir eine **Wohlstandsgrenze** an unserer Landesgrenze aufrecht erhalten wollen oder - ob wir es vorziehen bei offenen Grenzen dann mit den Ghetto-Grenzen in unseren Städten zu leben.

Mit dieser Frage, inwieweit eine Aufrechterhaltung von Staatsgrenzen erforderlich ist, komme ich zu dem nächsten Hauptpunkt

¹ wie man früher in anderem Zusammenhang gerne gesagt hat
Seite 2

3 gegen eine EU mit wuchernden Kompetenzen und offenen Grenzen

von Oskar Freisinger, Politiker der SVP, hörten wir am Sa, den 4.6. in München eine bemerkenswerte Rede.

Ich empfehle Ihnen den Download der zugehörigen Video-Aufnahme bei www.diefreiheit.org

Er wies darauf hin, daß mit dem Schengener Abkommen vor allem auch grenzenlose Kriminelle und unkontrollierbare illegale Einwanderung zugenommen haben - daß mit der EU ein undemokratischer von Bürokraten regierter Moloch entstanden ist und das niemand die Deutschen gefragt habe, ob sie das wollen.

Er erklärte uns, daß die Schweiz mit ihrer direkten Demokratie und der daraus folgenden Möglichkeit von Volksentscheiden gegen die von Presse und Politikern gepredigte PC und gegen Machtmissbrauch der Politiker ein sehr wirksames Mittel hat. Er betonte dann, dass die Schweiz eine Idee sei - eine Idee von einem Staat mit mündigen und nicht fremdbestimmten Bürgern.

Eine Idee - mit einer Grenze drum herum, um das Gemeinwesen zu erhalten und zu schützen – wobei die Grenze ähnlich wie die menschliche Haut sei, durchlässig und doch schützend.

Insoweit lehnt er die Propaganda von Schweizer Politikern ab, die Schweiz müsse zur EU kommen - das wird aber auch nicht offen von den Politikern versucht - da es in der dann anstehenden Volksabstimmung ohnehin abgelehnt werden würde.

Richtig wäre es hingegen, wenn die Staaten der EU zu Schweiz kommen würden; wenn sie das Schweizer Modell übernehmen würden und die Völker in Europa in freier Selbstbestimmung in Volksabstimmungen selbst über ihr Schicksal entscheiden.

Das Volk wird mit dem Volksentscheid zur Opposition der Regierenden. Sie kontrollieren und greifen gegebenenfalls mit Volksabstimmungen korrigierend ein.

In einem solchen Europa hätten wir die Situation eines gut nachbarschaftlichen Nebeneinander von freien Nationen - die jeweils innerhalb ihrer nationalen Grenzen in freier Selbstbestimmung von ihren gewählten Politikern regiert würden und deren Entscheidungen in Volksabstimmungen korrigiert oder bestätigt werden können. Er erwähnte hierbei auch, dass in der Vergangenheit nie Krieg von demokratischen Nationen ausgegangen sei.

Ich war und bin von diesem Vortrag nachhaltig beeindruckt. Schließlich hatte Oskar Freisinger mit seiner sehr wahren Rede einige Tabus ins Wanken gebracht: er sprach von einem Europa mit Grenzen; ein Europa der freien Nationen.

Und warum die Grenzen? Die werden wohl benötigt um unerwünschte Zuwanderer und auch Kriminelle außerhalb der Nation zu halten.

Für eine solche politische Einstellung hält die linke Propagandamaschinerie eine Flut von Attributen bereits: ausländerfeindlich, nationalistisch, rassistisch, ewig gestrig, völkisch - schließlich einfach "rechts" was einer Verwirkung vieler bürgerlichen Rechte gleichkommt.

So geraten wir also in eine Zwickmühle.

Wir wissen, daß wir nicht als "rechts" gelten dürfen, wenn wir politisch nicht vogelfrei werden wollen.

Wenn wir dies aber vermeiden wollen, dann müssen wir sein:

Ausländerfreundlich - aber nicht etwa bei unseren Auslandsreisen - das zählt nicht - wer Massenimmigration kritisiert, gilt als Ausländerfeind - als Rassist.

Anti-National: wer offene Grenzen nicht super findet, ist ein Nationalist, ein Rechter.

EU-begeistert: aus dem gleichen Grund

Wer sich jetzt etwa zu den Inhalten des Vortrags von Oskar Freisinger bekennt, der darf sicher sein, dann als "Rechter "aus dem Kollektiv der selbst ernannten "Anständigen" verstoßen zu werden.

Welche Schluss sollen wir hieraus ziehen? - - Ich entscheide mich für die **Wahrheit!**

Oskar Freisinger hat Recht mit seinen Aussagen - sie sind wahr. Wir sind die Bürgerrechtspartei - Die Freiheit. Eine Freiheit aber, in der man sich Denkverboten unterwirft und die Wahrheit taktischem Denken unterordnet wäre wertlos.

Lasst uns jetzt und in Zukunft unseren Geist freihalten von der Angst, von irgendwelchen Linken stigmatisiert zu werden. Wir leben nicht in einer antifaschistischen sozialistischen Republik (?) und wir werden uns jetzt und in Zukunft dagegen wehren, dass unser Land zu so einem solchen Ort der Unfreiheit verkommt. - Übrigens haben wir mittlerweile erkannt, daß eine Realisierung einer DDR2 in Deutschland ohnehin nur eine Durchgangsstation zur islamischen Republik sein würde. Die Antifaschisten, die sich einreden, mit faschistischer Gewaltanwendung gegen unsere freie Meinung den angeblich drohenden rechten Faschismus verhindern zu müssen, wären bei Erfolg nichts anderes als die nützlichen Idioten, bzw. Steigbügelhalter des politischen Islam, des Islamofaschismus. - Wenn ihnen dieser Begriff überspitzt erscheint, dann vergleichen Sie mal die deutlichen Parallelen zwischen faschistischen Ländern und Ländern mit deutlicher islamischen Mehrheit: in beiden gibt es propagierte Überlegenheit der eigenen Leute über Fremde, ein gut funktionierendes Blockwart-System, keine Freiheit aus dem System auszuscheren oder es gar mit demokratischen Mittel abschaffen zu können und schließlich auch ein gut funktionierender Repressions-Apparat, um das System zu erhalten.

Wir wissen dass es mit Mühen und Opfer verbunden ist, die Wahrheit und damit auch die Freiheit zu verteidigen - aber wir wissen auch, daß es immer Menschen gibt, die danach trachten, Macht über andere zu erhalten, sie zu manipulieren, zu täuschen und auszunutzen – ihnen die Freiheit zu nehmen.

4 Die Freiheit und damit auch die Wahrheit muss immer verteidigt werden

Ohne Angst vor der Wahrheit lässt sich mit dem folgenden Beispiel leicht zeigen, wie blödsinnig und in sich widersprüchlich die gegen uns eingesetzte Propaganda oftmals ist: da gibt es den linken Kampfausdruck gegen Leute wie uns, wir seien "rechtspopulistische Volksverhetzer". Ich will jetzt gar nicht auf diesen Mist inhaltlich eingehen.

Nehmen wir einfach nur die Logik: populistisch ist jemand, der anderen nach dem Mund redet, der sich ihnen chamäleonartig anpasst. Aber was macht ein Verhetzer? - Der manipuliert die Leute – er redet ihnen seine Lügen ein.

Diese beiden Begriffe drücken praktisch ein gegenteiliges Verhalten aus – sie schließen sich als Kombination aus.

Man hört ja – mit Recht – auch sonst keine unsinnigen Begriffe wie: „magersüchtiger Vielfraß“ – oder – „ewig labernder Schweiger“ oder „federleichte Bleikugel“ und – usw. halt...

„rechtspopulistische Volksverhetzer“ ist nicht weniger als ein Paradoxon. Zwei Begriffe die sich gegenseitig auslöschen.

Ähnliches gilt auch für den neuerdings in Mode gekommenen Begriff „Rassist“. – Natürlich sind Moslems keine Rasse – jeder von uns könnte Moslem werden (Gott bewahre...). Nun sind aber Bestrebungen sichtbar, einfach den Rassismus-Begriff auszuweiten – zu modernisieren, sozusagen. Am Ende – oder sind wir schon so weit? - ist dann jeder ein Rassist, der es wagt, Masseneinwanderung und den Forderungen nach raschen Umstellungen Richtung islamischem Recht in unserem Lande zu widersprechen. Auch diesem Irrsinn müssen wir die Wahrheit in den Weg stellen. Nicht wir sind die Rassisten, wenn wir unser Land, unser Volk erhalten möchten, sondern die, die **uns abschaffen** wollen sind die Lügner - die Feinde der Wahrheit.

Ich möchte mit einem Satz abschließen, der das Potenzial für einen Parteislogan hat. Er stammt von Dr. Hennings, der am 6.6. bei der Gründung des LV Hessen zum Beisitzer gewählt wurde - er hat den berühmten Satz des römischen Senators Cato, etwa 200 vor Christi, abgewandelt, der damals jede Rede vor dem Senat abschloss mit "und im übrigen bin ich der Meinung das Karthago zerstört werden muss".

Viel weniger destruktiv möchte auch ich euch zum Abschluss zurufen "im übrigen bin ich der Meinung, dass Deutschland nicht zerstört werden darf – ich denke, wir sind der Meinung, dass Deutschland sich nicht abschaffen darf".

Karl Schmitt, 14.6.11